Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 9

Sonstiges

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Korrespondenten. So wird der Eindruck vermittelt, als sei das israelische Besatzungsregime beendet; dem ist jedoch nicht so. So wurde zum Beispiel keine Siedlung aufgelöst; sie sind exterritorial. Neben den Palästinensern leben weiter israelische Siedler, für die israelisches Recht gilt, die in ethnisch reinen Siedlungen leben und auf ethnisch reinen Strassen fahren werden. (In den Siedlungen wie auch den Kibbuzim dürfen nur jüdische Israelis leben; auf den neu gebauten Umgehungsstrassen in den autonom-besetzten Gebieten dürfen nur jüdische Israelis fahren. So etwas gab es nicht einmal in Südafrika!) Die palästinensischen Behörden haben über die Siedler keinerlei Jurisdiktion oder polizeiliche Gewalt. So hat die Arafat-Behörde über etwa 40 Prozent des Gaza-Streifens keine Verfügungsgewalt. Etwa 4500 Siedler befinden sich auf etwa dem gleichen Gebiet auf dem über 934 000 Palästinenser existieren bzw. vegetieren müssen. Gleiches gilt für die Westbank.

Die Westbank wurde in drei Zonen eingeteilt. Zone A, sie macht drei Prozent des Gebietes aus, haben die Palästinenser das ausschliessliche Sagen. In der Zone B, in der etwa 430 Dörfer liegen, können die Palästinenser nur über ihre Zivilangelegenheiten bestimmen, die Sicherheit bleibt unter der Kontrolle Israels. In der Zone C, in der alle Siedlungen liegen, haben die Palästinenser keinerlei Mitspracherecht. Insgesamt bestimmen die Palästinenser jetzt über 30 Prozent des Territoriums. Damit dürften sie fast schon das Optimum erreicht haben.

Abschliessend soll noch ein Blick auf die Respektierung der Menschenrechte geworfen werden. Dies sollte bei einem Friedensprozess eigentlich überflüssig sein. Leider ist dies nicht der Fall. Die Menschenrechtsverletzungen seitens der israelischen Besatzungsmacht gegenüber den Palästinensern gehen unvermindert weiter; dies hat der Verfasser in seinem Buch «Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser» (Böhlau, Köln 1994) im Detail dokumentiert. Daran hat sich auch während des Friedensprozesses nichts geändert. Das Neue jedoch ist, dass jetzt die Arafat-Behörde die Menschenrechte ihrer eigenen Landsleute auf das schwerste verletzt. Arafats diverse Geheimdienste sind gelehrige Schüler des israelischen Geheimdienstes geworden, bis ins Detail ahmen sie diesen nach. Es findet eine intensive Zusammenarbeit statt.

Da auch die Menschenrechtspolitik generell in den internationalen Beziehungen weniger geachtet wird, besteht nur geringe Hoffnung, dass sich die europäischen Staaten oder die USA stärker für die Achtung der Menschenrechte in der Region einsetzen. Ohne einen massiven Druck von aussen wird es aber keine Besserung vor Ort geben. Deshalb ist zu befürchten, dass in diesem Friedensprozess die Menschenrechte auf der Strecke bleiben. Zu Optimismus besteht in diesem «Friedensprozess» schon lange kein Grund mehr. ✦

Ludwig Watzal, Dr. phil., ist Redaktor und freier Journalist in Bonn.

Wer übernimmt Patenschaftsabonnemente?

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Lesern oder Einrichtungen (zum Beispiel Bibliotheken), welche die Schweizer Monatshefte aus finanziellen Gründen nicht regelmässig beziehen können. Es ist uns nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Deshalb sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unser Vorschlag: Übernehmen Sie ein Patenschaftsabonnement der Schweizer Monatshefte für Fr. 89.– (Ausland Fr. 110.–). Rufen Sie uns bitte an. Wir nennen Ihnen gerne Interessenten. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beigefügte Geschenk-Abo-Karte mit oder ohne Nennung eines Begünstigten zusenden. Vielen Dank!

Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05

Martin Alioth

Nordirland – Altlast zwischen Irland und Grossbritannien

Ein Streifzug durch Nordirlands Vergangenheit und Gegenwart

Nordirlandverhandlungen und kein Ende. Irland hat 1996 in der zweiten Jahreshälfte den Vorsitz in der EU inne. Für eine Beruhigung der Lage in Nordirland besteht in absehbarer Zeit wenig Hoffnung. Wie weit gehen wir zurück, um zu verstehen? 25 Jahre für den akuten Konflikt, 75 bis zur künstlichen Teilung, fast 400 zum Beginn der kolonialen Besiedlung oder über 800 an die Ursprünge der normannischen Invasion?

Ein Streifzug durch die Geschichte kann nur versuchen, Bezüge herzustellen und Motivstränge zurückzuverfolgen, aber kein Konflikt ist ein reiner Palimpsest, denn die Entzifferung der frühen auf dasselbe Pergament geschriebenen Texte liefert nie abschliessende Antworten. Der historische Blick vernachlässigt die Lebenden und deren Emotionen – die in diesem Fall oftmals unappetitlich sind. Die anderthalb Millionen Menschen, die in den sechs nordöstlichen Grafschaften der Insel Irland leben, teilen ihre Faszination für das Vergangene; aber ihre selektive Wahrnehmung hindert sie daran, über eine gemeinsame Geschichte zu verfügen, mithin fehlt ihnen eine der wichtigsten Komponenten der Gemeinschaftlichkeit.

Manche deuten den Umstand, dass der sagenhafte Recke *Cúchulainn,* der Hund von Ulster, gegen die andern Provinzen Irlands kämpfte, als Beweis für die Andersartigkeit des Nordostens. Andere nennen die «drumlins», jene Kette verschachtelter Hügel am Südrand Ulsters, zur Untermauerung desselben Arguments. Legenden und Tektonik. Und «Ulster» ist ohnehin ein irreführender Begriff: Die alte Provinz der ungeteilten Insel umspannte neun Grafschaften, deren drei heute fröhlich unter der republikanischen Trikolore leben.

Bevor wir uns dem Knäuel historischer Fäden nähern, soviel zu den Demarkationslinien der Gegenwart: Etwas weniger als 900 000 Nordiren sind protestantisch, mehrheitlich presbyterianisch, das heisst, einer evangelischen Spielart verschrieben, die dem schweizerischen, calvinistisch geprägten Bekenntnis nicht unähnlich ist. Sie wählen meist unionistische Parteien, deren Programme sich oftmals in der mantraartigen Beschwörung der Union zwischen Nordirland und Grossbritannien (deshalb: United Kingdom) erschöpfen. Die militanteren unter ihnen nennen sich hintersinnig «Loyalisten», weil sie der Krone angeblich loyal ergeben sind – was sie allerdings nie daran hindert, der Regierung dieser Krone brachial zu trotzen. Ihnen stehen gut 600 000 Katholiken gegenüber, die an der politischen Identität Irlands – an der geographischen kann niemand ernsthaft zweifeln – festhalten. Alle drehen den Kopf, wenn man «Nationalist» ruft, aber jene, die der Anwendung von Gewalt nicht abhold sind, nennen sich darüber hinaus «Republikaner».

Irland ist die älteste Kolonie Englands – ein Befund, der sich nicht zwingend aus der partiellen Eroberung Irlands durch die Normannen im späten 12. Jahrhundert ergibt, sondern aus der Behandlung der Iren durch englische Regierungen im 17. und 18. Jahrhundert. Der Herrschaftswechsel allein vermag den Konflikt nicht zu erklären, und seine lange Dauer schon gar nicht. Ein Erklärungsansatz nun deutet auf die Unvereinbarkeit der Mentalitäten. Seit *Giraldus Cambrensis* als Chronist der normannischen Eroberer die Iren beschrieb, gibt es den Topos des betrunkenen, gewalttätigen, romantischen und arbeitsscheuen Iren. Die satirische Zeitschrift «Punch» führte im 19. Jahrhundert die Tradition des rassistischen Stereotyps lustvoll weiter, gewisse britische Sonntagszeitungen huldigen ihr bis zum heutigen Tag.

Die normannischen Eroberer Irlands allerdings fügen sich profitabel in die unverändert nach keltischen Grundsätzen strukturierte Gesellschaft ein. Zusammen mit ursprünglich irischen Stammeskönigen

gen sind sie massgeblich an Rückeroberung grosser Teile Irlands beteiligt. Zum Zeitpunkt der Reformation beschränkt sich der effektive Machtbereich englischer Verwalter in Irland auf einen schmalen Streifen entlang der Ostküste – den sogenannten Pale. Die Alarmsignale in London führen zu drastischen Massnahmen: In den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts werden weite Teile des heutigen Nordirland systematisch kolonisiert, das heisst, Siedler aus dem Norden Englands und den schottischen Lowlands erhalten Land gegen das Versprechen, sich und die Interessen der Krone zu verteidigen. Die nordirischen Adligen fliehen 1607, ihre Ansprüche fallen an die Krone. Die Bauern werden vertrieben und auf unergiebigem Boden neu angesiedelt. Nordirland ist somit – zusammen mit Rhodesien, Algerien und wenigen anderen Gegenden – ein seltenes Beispiel für einen Herrschaftswechsel, der zum Austausch des Mannes hinter dem Pflug führt.

Konfessionelle Diskriminierung

Es war gewiss kein Zufall, dass die neuen Siedler protestantisch waren. Ihre andersartige Konfession wird im Laufe der Zeit zu ihrem hervorstechendsten Merkmal, ja zum Kriterium, das die Herren im fernen London fatalerweise wählen, um zwischen angeblichen Herrschern und angeblich Beherrschten zu unterscheiden. Das 18. Jahrhundert bringt eine Ausweitung dieser Regel auf die ganze Insel: Katholiken werden systematisch diskriminiert. Daraus allerdings soziale Schlüsse ziehen zu wollen, wäre verkehrt: Die protestantischen landwirtschaftlichen Siedler Nordirlands schicken im 19. Jahrhundert ihre nachgeborenen Söhne in die Fabriken von Belfast. Die Privilegierung entbehrt nun ihrer Grundlage, bleibt aber als Aura bestehen. Die verderbliche Saat konfessioneller Diskriminierung trägt fortwährend bittere Früchte. Bis zum heutigen Tag ist es nicht möglich, die objektiv unbestreitbare Interessengemeinschaft zwischen katholischen und protestantischen Unterschichten in politisches Kapital umzumünzen, derart tief sitzt die Überzeugung, die arbeitslosen Protestanten in der Shankill Road gehörten innerlich stärker zu den Landeigentümern, Zahnärzten und Juristen, die zufälligerweise ebenfalls protestantisch sind – und dies ist, in Kürze, der Fluch Nordirlands.

Die Einheit der nordirischen Protestanten ist indessen nur scheinbar: Der Gedanke der irischen Andersartigkeit entsprang einst presbyterianischen Köpfen. Ihre Überzeugung, dass Herrschaft nicht gottgegeben ist, sondern das Ergebnis einer vertraglichen Übereinkunft, verleiht den Presbyterianern das Recht zum Widerstand und ist auch der Grund ihrer Sympathie für die Ideen der Revolutionäre von 1798. Die Angehörigen der anglikanischen Staatskirche dagegen schöpfen ein Gutteil ihrer Unverwechselbarkeit aus bedingungsloser Obrigkeitstreue. Presbyterianer, Methodisten, Baptisten und andere evangelische Splittergruppen werden daher vom Establishment oftmals ebenso gering geschätzt wie die Katholiken. Es bedarf eines komplexen, langfristigen Prozesses, der wohl das ganze 19. Jahrhundert beansprucht, um die Begriffe «irisch» und «katholisch» austauschbar zu machen. Die Neigung des irischen Nationalismus, seine Grundlagen in der gälischen, ländlichen Kultur zu suchen, entfremdet die presbyterianische Arbeiterschaft ebenso wie die Anlehnung an die einzige moralische Autorität, die sich nicht unters Joch des Kolonisators gebeugt hatte – die Katholische Kirche.

Diese Verschiebungen sind in vollem Gange, als in den 1880er Jahren die Idee einer irischen Selbstverwaltung unter der britischen Krone Gestalt anzunehmen beginnt. Seit die Unionsakte von 1800 das irische Parlament in Dublin aufgelöst hatte, bilden die irischen Abgeordneten einen mächtigen Block in Westminster. Die ersten Versuche, «Home Rule» einzuführen, scheitern im Oberhaus. Als dieses deswegen sein Vetorecht verliert, mustern die nordirischen Protestanten eine Miliz. Ihre Drohung, sich dem Willen des britischen Parlaments mit Waffengewalt zu widersetzen, bildet den Ausgangspunkt der irischen Teilung. Der Erste Weltkrieg friert die Selbstverwaltungspläne vorübergehend ein, der blutig erstickte Osteraufstand der militanten Nationalisten bewirkt nach 1916 eine Radikalisierung der irischen Mehrheit. Nun kann bloss die Sezession eine Beruhigung bringen. Die britische Unterhauswahl von 1918 beschert der sezessionistischen Sinn Féin-Partei eine erdrückende Mehrheit in Irland, eine provisorische Regierung eröffnet den Unabhängigkeitskrieg, der 1921 mit der Gründung des Freistaats Irland endet. Doch jene sechs irischen Grafschaften, in denen die Protestanten über eine Zweidrittelmehrheit verfügen, bewahren das Recht, beim Vereinigten Königreich zu bleiben. Gegen ihren Wunsch erhalten sie ein eigenes Parlament in Belfast.

Verhängnisvolle Teilung

In der Rückschau muss die Teilung Irlands als katastrophaler Fehlentscheid gewertet werden. Lediglich im ökonomischen Bereich lassen sich rationale Gründe ausmachen, denn der Nordosten ist damals das einzige industrialisierte Gebiet auf der ganzen Insel. Die Leinen- und Werftindustrie der Region Belfast ist gänzlich in die britische Wirtschaft integriert, ja, sie bildet zusammen mit Liverpool und Glasgow ein Dreieck, durch welches das Lebensblut des britischen Empire pulsiert. Der grössere Teil Irlands dagegen ist gezielt – mit der untrüglichen Akkuratesse

des kolonialen Ausbeuters – in jener ländlichen Isolation belassen worden, die dem englischen Industriearbeiter billige Nahrungsmittel garantiert.

Die künstliche protestantische Mehrheit Nordirlands unternimmt nach 1920 kaum Versuche, ihre unfreiwilligen Mitbürger – die katholische Minderheit – willkommen zu heissen. Systematisch werden sie zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Der protestantische Glaube allein erlaubt Zugang zu Arbeitsplätzen, Wohnraum und oft selbst zu politischen Rechten. Britische Regierungen aller Schattierungen ignorieren die wenig erbaulichen Verhältnisse in ihrem eigenen Hinterhof geflissentlich. (Es erscheint daher als Ironie, dass ausgerechnet der britischen Bildungsreform von 1947 das Verdienst zugeschrieben wird, einer neuen Generation nordirischer Katholiken den Zugang zu den Universitäten geöffnet zu haben.) Wie die Schwarzen in den amerikanischen Südstaaten verlangt die nordirische Bürgerrechtsbewegung daher *one man – one vote,* wiegt sich zum Rhythmus von *We shall overcome* und enthält sich der Gewalt. Und das im Europa von 1968. Der nordirische Staat reagiert vor den Kameras der Weltöffentlichkeit mit Brachialgewalt, die entfesselte Polizeimiliz ist kaum vom protestantischen Mob zu unterscheiden, katholisch bewohnte Strassenzüge in Belfast gehen in Flammen auf.

Nun geschieht alles gleichzeitig: Zaghafte Reformversuche gehen vom unionistischen Zentrum aus und erliegen sogleich der hetzerischen Opposition von seiten eines jungen Pfarrers *Ian Paisley.* Zwei kompromissbereite unionistische Premierminister enden mit Paisleys Dolch im Rücken – unionistische Spitzenpolitiker haben dies bis heute nicht vergessen... Der Preis dafür besteht bis heute in einer unendlichen Langsamkeit der politischen Bewegung. In der Folge wird die Irisch-Republikanische Armee, die nur noch dem Namen nach bestanden hatte, wiederbelebt, anfänglich in der noblen Ambition der Selbstverteidigung. Als drittes Element gesellt sich die britische Armee dazu. Die Kekse und der dampfende Tee, mit denen sie in den belagerten katholischen Vierteln begrüsst werden, sind legendär geworden.

Damals, in den Jahren 1969–1972, entzieht sich die polarisierende Dynamik des Geschehens jeglicher Mässigung. Während das diskreditierte protestantische Parlament im bombastischen *Stormont Castle* noch fortbesteht, versucht die britische Armee erfolglos, die Rolle des *go-between* zu spielen. In den Augen der katholischen Minderheit wird sie indessen unaufhaltsam zum Schergen des unionistischen Regimes. *Bloody Sunday* in Derry und die Masseninternierung mutmasslicher IRA-Leute auf der Grundlage verstaubter Archivlisten bestätigen diese Auffassung. Stormont weicht dann 1972 der Direktverwaltung durch einen britischen Prokonsul, aber da ist es schon zu spät. Zwar waren die kommunalen demokratischen Körperschaften im Jahr zuvor entmachtet worden, im löblichen Bemühen, protestantische Willkür einzudämmen. Aber seither schwebt Nordirland im demokratischen Vakuum; englische Politiker regieren in Belfast mit englischen Steuergeldern, die Lokalmatadoren begehren einen der – gegenwärtig 17, bald 18 – nordirischen Unterhaussitze mehr aus materiellen Bedürfnissen denn aus Machtgier.

Während die IRA in die Offensive geht und ihre Kampagne mehr oder weniger konstant am Brodeln hält, morden die paramilitärischen Verbände der Protestanten in Wellen, dazwischen versinken sie im Sumpf der eigenen Korruption. Derweil bewaffnet sich der nordirisch-britische Staat bis an die Zähne und setzt unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung weite Teile des Rechtsstaates ausser Kraft. Die offiziell sanktionierte Willkür nährt ihrerseits den Willen zu illegaler Gewalt in den Untergrundverbänden.

Zu Beginn der achtziger Jahre sorgen die IRA-Hungerstreiks für politische Veränderungen. Ihr politischer Flügel Sinn Féin, bis anhin bloss ein williger Applausverein, stellt sich zur demokratischen Wahl und droht angesichts der Ohnmacht der herkömmlichen Politik, die gemässigt-nationalistische SDLP-Partei zu überflügeln. (Die SDLP war einst als aufgeklärtes Kind der Bürgerrechtler geboren worden, hat sich aber seither unaufhaltsam zurück zu ihren katholisch-nationalistischen Wurzeln bewegt.) Inzwischen ist auch in der Republik Irland ein Umdenkungsprozess in Gang gekommen. Anstelle fulminanter Wiedervereinigungsrhetorik bar jeder Taten sucht die Dubliner Regierung unter der Führung von *Garret FitzGerald* das Gespräch mit *Margaret Thatcher.* Trotz Demütigungen hält FitzGerald an seinem Ziel fest, die Handlungsfähigkeit konstitutioneller Politik unter Beweis zu stellen. Dafür ist er bereit, über die Köpfe der Nordiren hinweg mit London zu kooperieren. Das Resultat ist das angloirische Abkommen vom November 1985. Dublin erhält beratende Mitspracherechte bei der Verwaltung Nordirlands.

Segregation mit Konsequenzen

Das komplexe Papier von Hillsborough verfehlt seine erklärten Ziele. Die Sabotagefähigkeit der Unionisten ist einmal mehr unterschätzt worden. Es wird weitergemordet, wobei sich das konfessionelle Kriterium bei der Auswahl der unglücklichen Opfer immer unverhüllter offenbart. Inzwischen hat in Nordirland eine Völkerwanderung beträchtlichen Ausmasses stattgefunden, die Segregation der beiden Glaubensgemeinschaften erfasst alle Lebensbereiche. Sport, Spiel und Freizeit folgen der Schule und dem Wohnort, oftmals aus schierer Überlebensangst. Und

je tiefer die soziale Schicht, desto absoluter die Segregation. Die Segregation hat heimtückische Konsequenzen, denn mangels konkreter Begegnungen ist es auch Gutwilligen unmöglich, den Wahrheitsgehalt polarisierender Manipulation zu überprüfen. In schwarzen Momenten werden absurde Auswege erwogen: Die erneute Teilung Nordirlands zum Beispiel, *re-partition,* um endlich die ersehnte konfessionelle Homogenität zu erzwingen. Aber selbst die konfliktbedingten Bevölkerungsverschiebungen ändern nichts am Flickenteppich der nordirischen Topographie. Nordbelfast wechselt die Konfessionszugehörigkeit bisweilen von Strasse zu Strasse. Aber je dichter die beiden Konfessionsgruppen beieinander wohnen, desto geringer die Kontakte. Die «Friedenslinie» – eine inzwischen auf Permanenz geschönte Mauer – symbolisiert diesen Tatbestand. Die Unmöglichkeit der erneuten Teilung (die Westhälfte Nordirlands und die meisten Grenzregionen sind mehrheitlich katholisch) prägt das schreckliche Wort von der *ultimate minority:* Wie auch immer die Linien auf der Landkarte arrangiert werden, zurück bleibt immer eine umzingelte Minderheit. Es gibt somit keine Alternative zum Pluralismus. Doch spätestens seit der Mitte der achtziger Jahre ist eine klare Divergenz der Befindlichkeit auszumachen. Während die Unionisten sich als zähe Verteidiger des status quo verstehen und oftmals den status quo ante anpeilen, gebärden sich Nationalisten und Republikaner als unaufhaltsame Sieger der Geschichte. Nicht der Tatbestand der irischen Wiedervereinigung steht zur Debatte, bloss der Zeitpunkt. Dieses unterschiedliche Selbstverständnis hemmt die Kompromissbereitschaft beider Seiten.

Zungen wie Dochte

Die beiden Regierungen versuchen, aus diesem Teufelskreis auszubrechen: Im Dezember 1993 einigen sich *John Major* und *Albert Reynolds* auf die sogenannte Downing Street Erklärung, die bis heute die Grundlage für eine friedlichere Zukunft darstellt. Das komplexe Papier enthält zum einen das britische Zugeständnis, dass demokratische Mehrheiten in Nord- und Südirland frei über ihre gemeinsame Zukunft bestimmen können, wenn sie untereinander einig werden. Zum andern garantiert die irische Regierung, dass die Zugehörigkeit Nordirlands zum Vereinigten Königreich solange fortbesteht, wie eine demokratische Mehrheit dort dies befürwortet. Den illegalen Untergrundverbänden wird eine Beteiligung an künftigen Verhandlungen versprochen, sobald sie sich endgültig von der Gewalt abgewendet haben. Die Republik Irland entzieht sich damit endgültig der Rolle, die ihr Sinn Féin und die IRA seit jeher zuschrieben: als stillschweigende Rechtfertigung für die Gewalt, als künftige Herrin über eine Million rebellionswilliger Protestanten.

Die sorgfältig austarierte Mixtur verfehlte ihre Wirkung anfänglich nicht. Zum 1. September 1994 verpflichtete sich die IRA auf eine *complete cessation of military operations,* am 14. Oktober folgten die protestantischen Paramilitärs ihrem Vorbild. Doch selbst als der Befreiungsschlag gelungen war, zeigte sich, dass die britische Regierung, ja die englische Öffentlichkeit schlechthin, sich nicht von den vertrauten Feindbildern trennen mochte. Die Verschleppungstaktik der Regierung Major entkräftete die Argumente jener, die einen Neubeginn versprochen hatten. Die IRA wiederum bewies durch Wort und Tat, dass ihre Forderungen nach Gerechtigkeit und rechtsstaatlichen Methoden kosmetischer Natur sind.

Die Wiederaufnahme der IRA-Gewalt am 9. Februar 1996 beendete das Projekt, die Extreme in den demokratischen Dialog einzubeziehen, fürs erste. Von weit grösserer Tragweite allerdings ist die Revolte der politischen Mitte während dieses Sommers: Die erfolgreiche Herausforderung der britischen Staatsorgane durch eine breite Koalition der protestantisch-unionistischen Institutionen Nordirlands hat im Juli den «Friedensprozess» nachhaltig erschüttert. Wie schon 1912 und 1974 hat die numerische Mehrheit Nordirlands handgreiflich zu erkennen gegeben, dass sie sich nicht mit einem Kompromiss abfinden wird. Über Nacht brachen die konfessionellen Sollbruchstellen der nordirischen Gesellschaft wieder auf, die Rückkehr zur Segregation wurde erzwungen, Kirchen gingen in Flammen auf. Es mag sein, dass der frühere irische Premierminister *Charles Haughey* doch recht hatte, als er Nordirland verächtlich *«ein gescheitertes politisches Wesen»* nannte.

Es gab Zeiten in den letzten 25 Jahren, da die Politik gänzlich aus dem Blickfeld verschwand, verdrängt von immer entsetzlicheren Anschlägen. «The politics of the latest atrocity» hiess man das. Manchen erscheint diese Sprachlosigkeit bequem, denn sie erlaubt, an der Integrität des eigenen, exklusiven Weltbildes festzuhalten. Nordirland, schreibt der irische Nobelpreisträger für Literatur, *Seamus Heaney,* sei ein Ort, *«... des Losungsworts, des Handschlags und des Zwinkerns, mit einer Gesinnung so offen wie eine Falle, wo Zungen gekrümmt liegen wie Dochte unter Flammen.»* ✦

Martin Alioth, geboren 1954 in Basel, studierte Geschichte und Nationalökonomie in Basel und Salzburg. Promotion zum Dr. phil. Seit 1984 in der Republik Irland wohnhaft. Berichtet als freier Korrespondent für deutschsprachige Zeitungen (unter anderen für die «NZZ») und Radiostationen über beide Teile Irlands.